



Antrag

der Fraktion der CDU

Grundsicherung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der 39. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages einen Bericht über die Inanspruchnahme und praktische Umsetzung der "Grundsicherung" vorzulegen. Dieser Bericht soll auf die bisherigen Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Bearbeitung der bereits gestellten Anträge auf "Grundsicherung" eingehen.

Im einzelnen soll der Bericht u. a. darlegen

- die Summe der seit Einführung der "Grundsicherung" gestellten Anträge, aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten und Kreisen Schleswig-Holsteins sowie Aussagen über das Alter und Geschlecht der Antragsteller
- die Summe der positiv bewerteten Anträge auf Zahlung der "Grundsicherung", aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten und Kreisen Schleswig-Holsteins sowie Aussagen über das Alter und Geschlecht der Antragsteller
- die jeweilige daraus entstehende finanzielle Belastung der kreisfreien Städte und Kreise Schleswig-Holsteins
- die personellen Auswirkungen (Überstunden, zusätzliche Stellen etc.) der gestellten Anträge auf die jeweiligen Behörden der kreisfreien Städte und Kreise.

**Werner Kalinka
und Fraktion**